

Inhalt

August/September 2006

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	4
Markt der Möglichkeiten in Durlach	4
Arbeitskreis Verkehr, OB-Wahl, Umgestaltung Bürklinstraße	5
Fenrichs Außenpolitik bricht zusammen	6
Rundbrief des Ortsverbands Durlach	7
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Übersicht über Gemeinderatsarbeit	8
• Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen, Spielzonen in Spielstraßen	8
• Wildparkstadion, Dammrückverlegung bei Rappenwört	9
Aus der Landtagsfraktion:	
• Lärmschutz, Amphibiendurchlässe, Maikäfer	10
• Dammrückverlegung, Herointherapie, Ganztagschule, Schulsozialarbeit	11
• Kopftuchdebatte, weitere Pressemitteilungen, Besuch des Landtags	12
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Brief von Sylvia, Übertragung Mülheim-Kärlich – Biblis-Brunsbüttel	13
• Laufzeitverlängerung für Biblis A	14
• Mobilfunk, Jugendumweltkonferenz	15
Kontakte	16

Liebe Leute!

Obwohl wir zwei Wahlkämpfe hinter uns haben, kann man noch lange nicht von ruhigeren Zeiten sprechen.

Während der Landesfinanzrat beschlossen hat, Gelder aus dem Nottopf für die KVs für Bürgermeisterwahlkämpfe in Heidelberg und Tübingen zu verwenden, mussten wir hier feststellen, dass unser Regionalbüro künftig aus eigener Tasche bezahlt werden muss.

Der Landesvorstand hat angekündigt, die monatlichen 120 Euro Unterstützung für das Regionalbüro erst zu halbieren und ab 2008 dann komplett zu streichen.

Wir müssen daher gemeinsam mit den beteiligten Kreisverbänden Rastatt/Baden-Baden, Ettlingen und Karlsruhe Land über die Konsequenzen und die künftige Finanzierung nachdenken.

Nachdem bei unserer eigenen OB-Wahl die Wahlbeteiligung richtig schlecht war, überlegt sich nun euer Vorstand, was man gegen die Politikverdrossenheit der Karlsruher tun kann....

Projekte und Veranstaltungen die politische Bildung und Interesse fördern, wollen wir in Angriff nehmen.

Themen könnten hier vielleicht Datenschutz (wie schon in einer vergangenen Veranstaltung) oder der Atomausstieg werden, der ja doch etwas dringlicher ist wie frau/man nach dem schwedischen "Problemchen" bemerken konnte.

Mit dem Ende der Schulferien wird sich auch der Schwul-Lesbische-Arbeitskreis (SLAK) wieder treffen, der mangels eigenem CSD in Karlsruhe zum Teil auf den CSDs in Mannheim und Stuttgart zu Gast war.

Während man in Stuttgart nicht weiter aufgefallen ist in der Masse der Leute sind die Karlsruher Gäste beim CSD in Mannheim in der ersten Reihe des grünen Grüppchens mitgelaufen und haben auch sonst eine tragende und verstärkende Rolle gespielt.

So werden unsere Arbeitskreise, wie der neu wieder-gegründete AK Verkehr und Projekte die Wahlkampflose Zeit hoffentlich schnell überbrücken und bis 2009 wieder ein paar neue, aktive und interessiert Leute zur politischen Arbeit bewegen.

Jetzt erst Recht - Grün!

Eure Tanja



Herausgeber	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Redaktion	Johannes Honné
Druck	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare

Gedruckt auf *Umweltpapier*
Titelbild by *Tanja Saini*

Dienstag, 05. Sept. 16 - 18 Uhr *Informationsveranstaltung der IHKs Karlsruhe und Pfalz*

Neubau 2. Rheinbrücke Wörth-Karlsruhe

siehe www.pfalz.ihk24.de

Ort: DaimlerChrysler AG Werk Wörth, Tor 1, Daimlerstr. 1, Kundencenter, Gebäude 26, Kinosaal

Samstag, 09. Sept. *Informationsveranstaltung des "Sonnenstadt Karlsruhe e.V."*

Tag der Sonnenstadt

10:00 - 13:30 Uhr Demo auf dem Marktplatz

14:00 bis 18:30 Uhr, Vorträge und Diskussionen mit Franz Alt, Hermann Scheer, Martin Vosseler im Kolpingsaal, Karlstr. 115, **Eintritt € 28.-**

siehe www.sonnenstadt-karlsruhe.de

Montag, 11. Sept. 19:30 Uhr *Aktionsbündnis für ein lebenswertes Karlsruhe ohne Nordtangente*

Treffen zur Nordtangente (Anmeldung bis 5.9., da der Platz begrenzt ist)

Ort: BUND-Ökozentrum in der Waldhornstr. 25

Sonntag, 17. Sept. 13 - 17 Uhr *Durlacher Grüne*

MARKT DER MÖGLICHKEITEN (siehe Artikel)

Ort: Durlacher Marktplatz und Saumarkt

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7 um 20 Uhr

Die September - MV ist am Mittwoch, 20.09. (Achtung! 3. Mittwoch!)

TOP 1. Berichte vom Zukunftskongress in Berlin

TOP 2. Vorstellung des AK Verkehr

TOP 3. Allgemeine politische Debatte

Freitag, 6. Okt. - Sa. 07. Okt. *Tagung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg*

Auf der Suche nach Europa - Wirtschaftskoloss ohne Identität?

Ort: Lindau, Info und Anmeldung: www.boell-bw.de/index.php?id=111

Samstag, 7. Okt. 10–17 Uhr *Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg*

Weg vom Öl - aber wohin? Was bewegt die Autos von morgen?

Ort: Stuttgart, Info und Anmeldung: www.boell-bw.de/index.php?id=35

Dienstag, 10. Okt. 19:30 Uhr *GRÜNE-Arbeitskreis Verkehr*

Treffen zur Kombilösung (siehe Artikel)

Ort: Grünes Büro, Sophienstr. 58

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 14.6.2006

Protokoll: T. Saini

Leitung: Alexander Mehrbreier und Sabine Just-Höpfinger

18 grüne Mitglieder anwesend

1. Sylvia Kotting-Uhl berichtet über ihre Arbeit in Berlin

Themenschwerpunkte für sie: Laufzeitenverlängerung, Atomausstiegsgesetz, Endlagersuchgesetz, Jugend-Umwelt-Konferenz -> Ökologische Gerechtigkeit, Berufs- und Zukunftschancen

Fragen: Wer kann zu der Jugendkonferenz? Offen für alle.

Wie geht es weiter mit dem Gen Gesetz? Das betrifft den Verbraucherschutz-Ausschuss, das Haftungsgesetz sollte von Seehofer aufgeweicht werden, dies wurde durch die Proteste der Bevölkerung verhindert. Sylvia warnt vor Rapsöl als Treibstoff: Die ist ein Einfallstor für Gentechnik, weil es von der Bevölkerung geduldet wird, aber Streuung der Pollen und somit die Weiterverbreitung / Vermischung ist auch hier gegeben!

2. Vorstandswahlen

Sabine dankt den wegen der Satzungsregel „Trennung von Amt und Mandat“ ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Michael Borner und Alexander Mehrbreier.

Wegen Steuerprüfung sind die Unterlagen in Bonn, konnten noch nicht geprüft werden und Entlastung des Vorstands ist nicht möglich; sie wird nachgeholt.

Michael Borner und Alexander Mehrbreier werden einstimmig politisch entlastet.

Als Wahlhelfer melden sich Alexander Mehrbreier und Michael Borner und werden angenommen. Als einziger Kandidat für den Kassierer meldet sich Thomas Krause, 39, Single, Industriekaufmann und Informatiker. Er wird mit 18 Ja-Stimmen einstimmig gewählt.

Für die weitere freie Vorstandsstelle melden sich 3 Kandidaten:

Harald Löffel, 40, Bauzeichner und Vertriebsassistent, Interessengebiete: Energiepolitik u.v.m.

Michael Gast, 38, Dipl. Geograph, Interessengebiete: Lebenspartnergesetz, Migrationspolitik.

Siegfried Knapp, 53, hat Vermessungswesen studiert, arbeitet bei der Bundesanstalt für Wasserbau, verheiratet, eine Tochter, bisher wohnhaft und politisch aktiv in Maulbronn, BUND-Mitglied.

Wahlergebnis: Harald 5; Michael 11 (die absolute Mehrheit); Siegfried 1; ungültig 1

3. Aufsichtsrat Volkswohnung

Gisela erklärt kurz die Hintergründe. Die Volkswohnung ist die Städtische Wohnungsbaugesellschaft, Gisela war bisher einziges grünes Aufsichtsratsmitglied. Seit der Kommunalwahl haben wir Grünen aber Anrecht auf 2 Sitze, jedoch wird nur alle 5 Jahre gewählt, weshalb erst jetzt angepasst wird. Der

Aufsichtsrat tagt einmal im Monat. Das Unternehmen Volkswohnung ist erfolgreich, es gibt kaum leer stehende Wohnungen, eher lange Wartelisten. Die Volkswohnung hat im Laufe der Zeit einige Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaften gegründet. Detaillierte Informationen über die Volkswohnung unter: www.volkswohnung-karlsruhe.de

Die 2 Sitze sollen jeweils mit einem von der MV und einem von der Fraktion Vorgeschlagenen besetzt werden. Vorschlag der Fraktion: Hildegund Brandenburg, Architektin, Stadträtin.

Abstimmung, ob die MV den Vorschlag der Fraktion unterstützt: 3 Enth., 0 Nein -> 15 Ja

Michael Borner stellt sich der MV zur Verfügung. In geheimer Wahl erzielt er 14 ja, 1 Nein, 2 Enth. (Von 17 Stimmen weil eine kurz abwesend war)

4. Die Satzungsänderung wird auf die nächste MV verschoben.

5. Zukunftskongress

Am 1. Juli ist der Zukunftskongress in Stuttgart. Auf der nächsten MV werden Delegierte für Zukunftskongress in Berlin gewählt. Alexander Mehrbreier, Anke Weidlich und Sabine Just-Höpfinger stellen drei weitere Themen aus dem Zukunftspapier vor.

6. Sonstiges

Bitte um Hilfe bei Flyer-Verteilung und Stände für OB-Wahlkampf

MARKT DER MÖGLICHKEITEN der Durlacher Grünen

Rund 30 Initiativen und Gruppen präsentieren sich am 17.9. 10-17 Uhr auf dem Durlacher Marktplatz und dem Saumarkt.

Wer möchte nicht in der einen oder anderen Initiative oder Gruppe mitarbeiten, um förderwürdige Projekte mit Gleichgesinnten zu unterstützen, kennt aber die Ansprechpartner oder das genaue Arbeitsspektrum der Gruppen nicht? Ähnlich wie in den letzten Jahren stellen sich u. a. Gruppen aus den Bereichen Men-

schenrechte, Umweltschutz, Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Sozialhilfen, Kultur, Verkehr, Dritte Welt vor.

Ein vielfältiges Begleitprogramm mit der bekannten Band DIE NASEN, Künstler-Performances, Live-Talk mit verschiedenen Gruppen und Initiativen erwartet die Besucher. Speziell für Kinder wird wiederum das beliebte Ponyreiten auf dem Saumarkt angeboten.

Verschiedene kulinarische Angebote sowie Getränke aller Art ergänzen

das attraktive Angebot. Die Veranstalter hoffen, die Resonanz der vergangenen Jahre weiter steigern zu können. Nicht nur für Durlach ist der inzwischen zur festen Institution gewordene "Markt der Möglichkeiten" ein unterhaltsames und informatives Stadt-Ereignis. Durlach bietet dazu ein schönes und ideales Ambiente und ist mit der Straßenbahn Linie 1, 2 und 8 sehr gut zu erreichen.

Ein Besuch lohnt sich!

Neustart für den Arbeitskreis Verkehr

Tim Wirth (Grüne Gemeinderatsfraktion) und Johannes Honné laden zur Mitarbeit im neuen, projektbezogenen Arbeitskreis Verkehr des Kreisverbandes ein!

Ziel des AKs wird es sein, aktuelle verkehrspolitische Themen in unserer Stadt vorzustellen bzw. zu beraten, um gemeinsam Ideen für Grüne Lösungswege zu entwickeln. Mit "projektbezogen" meinen wir, dass immer nur ein bestimmtes Thema (ggf. anlassbedingt) behandelt werden soll. Auch finden die Treffen in loser Folge

und nach Bedarf statt. Wir hoffen, dass auf diese Art und Weise dem neuen AK das berüchtigte Totlaufen erspart bleibt....

Das erste "Projekt" auf der Tagesordnung wird die unselige Kombi-Lösung sein. Ja, auch wenn man gerade nichts von ihr hört: Die Planungen laufen weiter! Im September sind möglicherweise Entscheidungen bzgl. der Finanzierung des 500.000.000 €-Projektes zu erwarten. Die konstituierende Sitzung soll am 10.10. um 19:30 Uhr im Grünen Büro stattfinden, um ggf.

neue Erkenntnisse gleich mit in der Debatte zu haben.

Aber auch ganz ohne Neuigkeiten aus Stuttgart - ein Update für alle Interessierten und eine "Positionsbestimmung" in Sachen U-Strab ist sicher Grund genug mit Heinz Fenrichs Tunnelitis zu beginnen....

Neugierig? Fragen?

Wir geben gerne Auskunft - und freuen uns auf Euer Kommen!

Tim Wirth, Tel. 82 65 70

Johannes Honné, Tel. 85 64 36

Pressemitteilung des Kreisverbands vom 03.07.2006

Stellungnahme des Kreisvorstands zur Oberbürgermeisterwahl

Schon im ersten Wahlgang hat es Oberbürgermeister Fenrich geschafft, die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erreichen. Unser Kandidat, Klaus Stapf, konnte zwar gegenüber der letzten Oberbürgermeisterwahl deutlich zulegen, blieb aber weit hinter den Ergebnissen der Grünen in anderen Wahlkämpfen zurück. „Wir haben es offensichtlich nicht geschafft, unseren WählerInnen zu verdeutlichen, wie wichtig ein Oberbürgermeister für die Kommu-

nalpolitik ist“, bedauerte Sabine Just-Höpfinger vom Kreisvorstand. Fenrich, der die Einladungen zu den meisten Diskussionsveranstaltungen abgelehnt hatte, hat dadurch einen absolut unpolitischen Wahlkampf provoziert.

„Er hat seine Politik – und seine Fehler - nicht öffentlich zur Diskussion gestellt. Die Unterschiede zwischen den KandidatInnen konnten nicht deutlich gemacht werden, auch dadurch die katastrophal niedrige Wahlbeteiligung“, meinte

Christian Brugger, ebenfalls vom Vorstand.

Der Wahlkampf hat sich trotzdem gelohnt, glauben die Karlsruher GRÜNEN. „Wir haben viele unserer Inhalte darstellen können und in den Gesprächen mit BürgerInnen viel positive Rückmeldung bekommen“, erklärt Just-Höpfinger „und wir blicken optimistisch in die Zukunft: Im Bundestag, Landtag und auf kommunaler Ebene sind wir gut aufgestellt. Man wird noch viel von uns hören“ prophezeit sie.

Pressemitteilung des Kreisverbands vom 29.06.2006

Bürklinstraße soll kinderfreundlicher werden

Zwei Spielstraßen in der Südweststadt, die **Bürklinstraße** und die **Lenzstraße**, werden nach Auffassung der Karlsruher Grünen zurzeit viel zu sehr von Autos zugeparkt – die oft dazwischen spielenden Kinder haben keinen eigenen Raum. Um die Meinung der AnwohnerInnen und Anwohner zu diesem Thema zu erfahren, haben die Grünen deshalb einen Brief an alle Haushalte der beiden Straßen verteilt (siehe Anlage). Ihr Vorschlag ist, einige bisherige Parkplätze als Aufenthaltsraum freizuhalten. Ob damit die Straße in diesem Bereich gesperrt werden sollte, so dass ein Durchgangsverkehr

nicht mehr möglich ist, wurde offen gelassen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Maßnahme soll in einem Beteiligungsverfahren der Stadt mit den Anwohnern geklärt werden.

Jetzt wurde die Umfrage abgeschlossen. In der Lenzstraße haben sich von den Befragten, die mit Ja oder Nein antworteten, 58 % für die Umgestaltung ausgesprochen, 42 % waren dagegen. In der Bürklinstraße sah es noch positiver aus: Da waren mit 71 % zu 29 % immerhin mehr als zwei Drittel für einen Aufenthaltsbereich zu Lasten der Parkplätze.

Die Grünen wollen sich jetzt dafür einsetzen, dass die Bürklinstraße entsprechend geändert wird. "Die Zustimmung dort war überwältigend, viele der Befragten begrüßten ausdrücklich diese Initiative und setzten sich für eine Sperrung der Straße an einer Stelle ein. Auch viele Leute ohne Kinder waren dafür", so Johannes Honné vom Kreisverband der Grünen. "Diese Straße wurde vor vielen Jahren zum "verkehrsberuhigten Bereich" umgebaut, weil man so mehr Parkplätze unterbringen konnte. An spielende Kinder hat damals offenbar niemand gedacht." Und hätten bei der Befra-

gung auch die Kinder eine Stimme gehabt, dann wäre das Ergebnis zumindest in der Bürklinstraße noch deutlicher geworden: Hier ist das Verhältnis 84 % zu 16 % der Stimmen (ausgeübt durch die Eltern).

Bei der Umfrage wurden alle Haushalte, die einen Zugang zu der jeweiligen Straße haben, bis zu 4mal besucht, um möglichst viele "Stimmberechtigte" zu erreichen.

Die Ergebnisse in Zahlen:

Lenzstraße: nicht angetroffen: 15 Familien, Enthaltungen: 12, **Ja: 44, Nein: 32**
Bürklinstraße: nicht angetroffen: 12 Familien, Enthaltungen: 15, **Ja: 55, Nein: 23**

Pressemitteilung von Klaus Stapf vom 19.06.2006

Fenrichs ‚Außenpolitik‘ bricht zusammen

Die (eingeschränkte) Passagierfluglizenz für den Black Forest Airpark in Lahr ist nicht nur eine neue Folge in Fenrichs Pannenserie, so OB-Kandidat und Grünen-Fraktions Sprecher im Karlsruher Gemeinderat Klaus Stapf.

Erklärtes Ziel des amtierenden Oberbürgermeisters war, Karlsruhe international weit oben zu positionieren, auch deshalb hat er seiner Karlsruher ‚Außenpolitik‘ viel Geld und Zeit gewidmet. Jetzt bricht ein weiterer Baustein zusammen, mit dem Fenrich Karlsruhe gleich mehrere Gewichtsklassen auf einmal anheben wollte. Von falscher Selbsteinschätzung getrübt und zunehmend kraftlos im Lande hat sich Heinz Fenrich offensichtlich ‚verhoben‘.

Schon vorher zu Grabe getragen werden mussten das Prädikat ‚internationaler Messestandort‘ und die zahlreichen Bewerbungen, allen voran die Bewerbung zur Kulturhauptstadt. Das mit viel Vorschußlorbeer eingeführte Stadtmarketing blieb zweitklassig. Auch für die UStrab wird's wohl kein Geld aus Stuttgart geben, gegen die Nordtangente und die 2.Rheinbrücke wachse der Widerstand auch in der Bevölkerung.

Dass Fenrich versuche, seine Versuche im Nachhinein wie bei der Kulturhauptstadt-Bewerbung schön zu reden, mache die Angelegenheit eher peinlich, so Stapf, Fenrich sei mit seinem Plan auf der ganzen Linie gescheitert. Karlsruhe hat viel Potential in seiner Gewichtsklasse, für die Schwergewichtskonkurrenz europäischer Großstädte fehlen sowohl die Einwohnerzahl als auch die politische Positionierung. Fenrich, so

Stapf, gelte offensichtlich außerhalb Karlsruhes als Leichtgewicht.

Heinz Fenrich hat extra die Arbeit in der Verwaltungsspitze umverteilt, Aufgaben abgegeben, die sein Vorgänger Seiler noch selbst erledigte, um Zeit für seine Außenpolitik zu haben. Auch nach Kürzung der Dezernate von fünf auf vier hielt Fenrich sich größtenteils frei, obwohl offensichtlich ist, dass Bereiche wie Stadtplanung, Gebäudewirtschaft und Wirtschaftsförderung mehr Aufmerksamkeit der Stadtchefs benötigen, kritisiert Stapf.

Beim Streben nach Ruhm und Größe hat Oberbürgermeister Fenrich wesentliche Bereiche der Stadtpolitik vernachlässigt, Mannheim sei an Karlsruhe als Metropolregion vorbei gezogen. Daneben gäbe es zum Teil schwerwiegende Versäumnisse bei den Familien und im Bereich Umwelt und Gesundheit.

Genau hier will Stapf mit seiner eigenen Politik ansetzen: Karlsruhe als attraktives Oberzentrum der Region, neue zukunftsfähige Wirtschaftsbereiche erschließend, mit hoher Lebensqualität. Um Karlsruhe erfolgreich in der Globalisierung zu positionieren, will Stapf die Beziehungen zu Mannheim, Freiburg aber auch Straßburg verbessern, sich gemeinsam gegenüber Stuttgart behaupten.

Dass die Außensicht auf die Amtszeit Heinz Fenrichs sich deutlich vom Selbstverständnis und der Selbstdarstellung des Amtsinhabers unterscheidet, zeigt auch ein Artikel im Wirtschaftsmagazin ‚Business in Baden‘. Gut recherchiert werden die zahlreichen Fehl-

versuche Fenrichs zusammengestellt, während auf der Habenseite wenig darzustellen bleibt.

Bezüglich der weiteren Entwicklung des Baden-Airpark hält Stapf die Unterstützung mit Karlsruher Steuergeldern nicht für verantwortlich: Ein Regionalflughafen gilt für mich nicht als lebensnotwendige Verkehrsinfrastruktur, entweder er besteht in der Konkurrenz der freien Wirtschaft oder die Nachfrage ist zu gering.

Der jetzt von OB Fenrich beklagte Kannibalismus und ruinöse Wettbewerb findet schon lange statt. Deutschland hat ein Überangebot an Regionalflughäfen, das derzeit noch mit Hilfe von Steuergeldern finanziert wird. Der Flughafen in Lahr ist unnötig wie ein Kropf, aber auch der Baden-Airpark ist angesichts der Nähe der Flughäfen Frankfurt, Stuttgart und Straßburg entbehrlich. Bessere Zugverbindungen von Karlsruhe zu den Luftfahrtplätzen in Stuttgart und Straßburg wären infrastrukturell sinnvoller und finanziell günstiger gewesen, wiederholt Stapf seine Argumente.

Zu kritisieren sei allerdings die Landesregierung, die als zuverlässiger Partner versagt und den derzeitigen Oberbürgermeister Fenrich im Regen stehen lassen. Herr Fenrich habe mit der Ausstiegsankündigung eine Drohkulisse aufgebaut und stehe jetzt vor dem Problem, entweder unglaublich zu werden oder sich gegen ‚sein‘ Projekt Baden-Airpark mit vielen Millionen Karlsruher Unterstützungsgelder wenden zu müssen, wieder einmal befände sich Fenrich im selbst verschuldeten Dilemma.

Rundbrief des Ortsverbands Durlach



Martin Pötzsche

Bleichstraße 13, 76227 Karlsruhe

☎ 07 21 / 49 16 52

✉ m.poetzsche@web.de

Rundbrief 3/06

Juli 2006

Liebe Freundinnen und liebe Freunde,

eigentlich hatten wir auf einen zweiten Wahlgang gehofft, der dann in die OB-Wahl etwas Spannung gebracht hätte. Leider war dem nicht so und OB Fenrich konnte bereits am ersten Wahlabend Anfang Juli seine Wiederwahl feiern.

Feiern? Gibt es für Fenrich überhaupt etwas zu feiern? 55% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 30 Prozent! Nur jeder sechste Wahlberechtigte gab Heinz Fenrich seine Stimme. Ich finde dies äußerst bedenklich ohne dafür die Verantwortung bei Fenrich abzuladen, was mir gefühlsmäßig gefallen würde. Denn mit seiner Politik kann ich wirklich nichts anfangen, da wäre mir jeder oder jede andere als OB lieber. Aber welches Ergebnis hat denn unser Klaus? Etwas mehr als 5278 Stimmen von 207111 Wahlberechtigten, das ist die Stimme von jedem 39. Das kann doch nicht wahr sein. Von knapp 40 Bewohnern und Bewohnerinnen unserer Stadt will nur einer eine ökologische Politik! Und die anderen?

Fakt ist, dass in unserem Land nur ein Thema während der OB-Wahlkampagne präsent war, und das war die Fußballweltmeisterschaft. Die Freude und der Spass daran sei jedem gegönnt, allerdings die Alltagsproblematik darf dabei nicht vergessen werden. Wir müssen verhindern, dass sich unsere Demokratie nicht durch „Brot und Spiele“ selbst ad absurdum führt! Hoffen und kämpfen wir für bessere Zeiten!

Das anhaltend schöne Wetter tröstet über vieles hinweg. Aber auch hier dürfen wir nicht die Augen vor der Realität verschließen. Das schöne und warme Wetter ist eine Folge der Erderwärmung! Noch kommen wir damit klar und Freude und Genuss überwiegen! Aber was bedeutet das in den kommenden Jahrzehnten. Können wir ohne Probleme unsere Versorgung mit Lebensmitteln aufrechterhalten, wenn der Niederschlag, den die Landwirte dringend brauchen immer mehr ausbleibt? Trotz Kyoto und anderer Protokolle habe ich das Gefühl wir stecken den Kopf in den Sand.

Ich erinnere an den Wahlspruch unserer Gründerjahre „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt!“.

Trotz allem wünsche ich Euch einen schönen Urlaub!

Euer Gerhard Stolz
OV Durlach

Veranstaltungskalender bis einschließlich Dezember 2006:

Wir treffen uns im Kinder- und Jugendhaus, Basler-Tor-Zentrum, Weiherstr. 1, wo selbstverständlich während der Sitzung nicht geraucht wird. Alle Mitglieder und Freunde der Durlacher Grünen sind herzlich eingeladen.

Datum	Ort	Thema
Di, 12.09. 20:00	Kranz	Vorbereitung Markt der Möglichkeiten/Offener Treff
So, 17.09. 13-17	Marktplatz Durlach	Markt der Möglichkeiten
Di, 26.09. 20:00	Basler-Tor-Zentrum	Bericht aus dem Bundestag mit MdB Sylvia Kotting-Uhl
Di, 10.10. 20:00	Basler-Tor-Zentrum	Bericht aus dem Ortschaftsrat
Di, 24.10. 20:00	Basler-Tor-Zentrum	Ortsverein Durlach: Wo stehen wir, wohin gehen wir, wer kommt mit, wer geht?
Di, 14.11. 20:00	Basler-Tor-Zentrum	Situation für Behinderte in Durlach
Di, 28.11. 20:00	Basler-Tor-Zentrum	Aus- und Rückblicke/Vorstandswahlen
Di, 12.12. 20:00	noch offen	Jahresabschlussessen

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion**Neue Anträge und Anfragen**[20.06. Belastungsgrenzen des Karlsruher Raums](#)[22.06. Kunsthandwerk in leer stehenden Ladenräumen](#)[22.06. Integrationskonzept für Karlsruhe](#)[22.06. Geplante Modernisierung des Instituts für Transurane \(ITU\)](#)[27.06. Kombi-Lösung – Beendigung des oberirdischen Betriebs in der Kaiserstraße](#)[27.06. Nichtöffentlichkeit von Ausschusssitzungen](#)[27.06. Grüner Pfeil](#)[10.07. Untreue-Fall bei der Gebäudewirtschaft](#)[18.07. Auswahlverfahren beim Verkauf des städtischen Hofgutes Hub](#)[18.07. Zukünftige Nutzung des städtischen Hofgutes Hub](#)[25.07. Naturschutzgebiet „Alter Flugplatz“](#)[09.08. Entwidmung öffentlicher Stellplätze zugunsten von Carsharing](#)

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen

[26.06. GRÜNE kritisieren raumordnerischen Entscheid zur 2. Rheinbrücke](#)[20.07. Belastungsgrenzen bei Klimaschutz, Hochwasserschutz und Naturschutz nicht überschreiten](#)[04.08. GRÜNE kritisieren Kraftwerkspläne bei EnBW](#)[10.08. GRÜNE Idee verwirklicht – Kunsthandwerk in leer stehenden Ladenräumen der Innenstadt](#)

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter

www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion

zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen

Die jüngst von der Stadt veröffentlichte Meldung „Der gemeinderätliche Hauptausschuss tagt am Dienstag, 18. Juli erstmals auch in öffentlicher Sitzung...“ kann als Grüner Erfolg gewertet werden. Denn seit April 2005 hat die Grüne Gemeinderatsfraktion sich in mehreren Briefen an den OB, mit einem Antrag und einer Anfrage für die Öffentlichkeit von Ausschus-

sitzungen eingesetzt. Wir haben die Stadtverwaltung mehrfach darauf hingewiesen, dass eine nicht-öffentliche Beratung gemäß Gemeindeordnung nur bei Vorbereitungen und bei Beratungsgegenständen, die aus Gründen des öffentlichen Wohls oder im Interesse Einzelner vertraulich zu behandeln sind, zulässig ist. Werden in Ausschüssen Beschlüsse gefällt, so

hat dies in der Regel öffentlich zu geschehen. Die nun erstmalige öffentliche Hauptausschusssitzung sehen wir als ersten wichtigen Erfolg unserer hartnäckigen Bemühungen. Wir gehen davon aus, dass nun auch andere Ausschüsse nachziehen und öffentliche Sitzungsteile vorsehen werden.

Gisela Splett

Spielzonen in verkehrsberuhigten Bereichen

Antrag: Die Stadtverwaltung richtet in der Bürklinstraße (Südweststadt) exemplarisch eine Spielzone ein. Je nach Erfolg und Akzeptanz der Maßnahme erhalten weitere verkehrsberuhigte Bereiche derartige Zonen.

Begründung: Viele verkehrsberuhigte Bereiche, im Volksmund "Spielstraße" genannt, sind in Karlsruhe als reine Parkplätze eingerichtet worden. Spielende Kinder können nur den Raum benutzen, der zwischen den geparkten Autos als Fahrgasse freigehalten wird. Kindern sollte aber auch auf der Straße ein echter Freiraum, ohne Parkende und durchfahrende Fahrzeuge, zur Verfügung stehen,

da ihnen nicht zugemutet werden kann, immer auf Spielplätze ausweichen zu müssen. Dies gilt insbesondere für kleinere Kinder in den dicht bebauten Gebieten der zentralen Quartiere. Hier herrscht häufig ein eklatanter Spielflächenmangel für besagte Altersgruppe. Lediglich die Humboldtstraße (Oststadt) hat bislang mit Hilfe einer Durchfahrtsperre eine solche Aufwertung erfahren. Wir meinen, hier sollten weitere Straßen folgen.

Dort wo die Mehrheit der AnwohnerInnen dies befürwortet, richtet die Stadtverwaltung in weiteren Spielstraßen Aufenthaltsbereiche für Kinder ein. Die Planung wird unter Beteiligung der AnwohnerIn-

nen durchgeführt. Dabei ist auch zu entscheiden, ob die Straße dazu an dieser Stelle für den Autoverkehr unterbrochen wird. Denkbar wäre auch eine Sperrung des Aufenthaltsbereichs zu bestimmten Tageszeiten, etwa 12 bis 20 Uhr.

Geeignet erscheint hierfür zunächst die Bürklinstraße in der Südweststadt zu sein: Eine Umfrage des GRÜNE-Kreisverbands Karlsruhe im Juni 2006 in der Bürklinstraße ergab eine Mehrheit der AnwohnerInnen dieser Straße für die Einrichtung eines abgesperrten Aufenthaltsbereichs. Das Ergebnis fiel mit 55 Ja- zu 23 Nein-Stimmen sehr deutlich aus.

Pressemitteilung vom 24.08.2006

Familien, Bildung und Klimaschutz sind wichtiger als Wildparkstadion

„Auch die Stadt Karlsruhe kann jeden Euro nur einmal ausgeben“, so der Fraktionssprecher der Grünen im Karlsruher Gemeinderat Klaus Stapf. „Deshalb ist die Frage geradezu klassisch: ‚Brot und Spiele‘ oder Bildung. Für uns Grüne ist dies keine Frage. Kinderbetreuung, Ganztagschulen und die Verbesserung der Schulinfrastruktur sind wie die Förderung alternativer Energiemodelle für unsere Zukunft unerlässlich und haben deshalb höhere Priorität als das Wildparkstadion. Die hohen laufenden Kosten z. B. für die Neue Messe und den Baden-Airpark, sowie die immensen Neuinvestitionen für Freizeitbad, Zoo und eventuell Kombilösung belasten den städtischen Haushalt und die städtischen Gesellschaften mittelfristig schon jetzt bedenklich. Auch wenn im Augenblick die Gewerbesteuer-einnahmen über die Erwartungen sprudeln, dürfen wir uns nicht blenden lassen. Die letzten Haushalte

gingen zum Teil knapp an der Genehmigungsfähigkeit durch das Regierungspräsidium vorbei, die städtischen Finanzen erlauben nicht alles, was wünschenswert ist.“

„Auch wir wünschen uns ein neues Stadion,“ so Stadtrat Andreas Ruthardt, „und haben deshalb das Modell mit Einbringung des Wildparkstadions durch die Stadt und Bau- und Finanzverantwortung durch den KSC grundsätzlich unterstützt. Allerdings war uns die vom OB in den Raum gestellte zusätzliche Gabe von 20 Mio. Euro viel zu hoch. Diese Summe wird beim Eigenbaumodell der Stadt sicher noch einmal deutlich steigen, auch wenn das Land sich an den insgesamt 55 Mio. Euro beteiligen sollte. An den Plan einer Rückfinanzierung über die Stadionmiete können wir leider nicht glauben. Welche Stadt ist schon bereit, bei einer dramatisch dargestellten Bedrohung des sportlichen Erfolgs ei-

ner Mieterlassforderung nicht zu folgen? Karlsruhe jedenfalls bisher nicht.“

Kritik äußern die Grünen an der Rathauspitze. „Im Juli eine Besitzgesellschaft zu beschließen und sie im September wieder aufzulösen ist schon ein Schildbürgerstreich,“ so Stapf. „Leider war der OB nicht bereit, unserem - zuletzt bei der Gemeinderatssitzung im Juli geäußerten - Rat, mit der Besitzgesellschaft zu warten bis der KSC sich erklärt, zu folgen. Schließlich war schon seit einiger Zeit zu erkennen, dass der KSC mit der Stadionfinanzierung überfordert war. Auch erinnern wir daran, dass OB Fenrich in seinem Wahlkampf immer behauptet hat, der KSC und nicht die Stadt baue das neue Wildparkstadion. War das alles nur Wahlkampfgetöse, um eine solide Haushaltspolitik vorzutäuschen und im Wahlkampf nicht eine weitere Baustelle aufzumachen?“

Pressemitteilung vom 22. August 2006

Natürliche Flutungen im Bereich Bellenkopf / Rappenwört

Belangen des Hochwasserschutzes wird auch mit Dammrückverlegung ausreichend Rechnung getragen

Die Grüne Gemeinderatsfraktion widerspricht in einer Pressemitteilung der von der FDP/Aufbruch-Fraktion geäußerten Einschätzung, dass sich nur mit einem gesteuerten Polder ein ausreichender Hochwasserschutz am Oberrhein erreichen lässt. Den vorliegenden Berechnungen zufolge sei die Retentionswirkung einer Dammrückverlegung mit natürlichen Flutungen ausreichend, um den vertraglich vereinbarten Hochwasserschutz für den Raum Bellenkopf/Kastenwört zu gewährleisten. Andernfalls würde diese Variante als eine von drei möglichen Planungsalternativen von der Landesregierung gar nicht weiter verfolgt werden.

„Ziel des Integrierten Rheinprogramms ist es doch gerade, die Belange von Hochwasserschutz

und Ökologie in optimaler Weise zu verbinden“ erläutert Stadträtin Bettina Lisbach das von den Grünen unterstützte Konzept. „Und wir haben im Bereich Bellenkopf/Rappenwört nahezu ideale Voraussetzungen, um die Anforderungen des Hochwasserschutzes zu erfüllen und gleichzeitig die dortige Auenlandschaft wieder an das natürliche Überflutungsregime des Rheins anzubinden. Diese Chance sollten wir unbedingt nutzen“, so die Ökologin.

Dass, wie von den Liberalen unterstellt, ein ungesteuerter Polder für Natur und Auenlandschaft gefährlich sei, halten die Grünen für falsch. Schließlich hätten die hierzu erstellten Gutachten klar ergeben, dass die Dammrückverlegung mit Abstand die umweltverträglichste Lösung darstelle. Voraus-

setzung für die Renaturierung der Aue mit der für sie typischen Tier- und Pflanzenwelt sei ein natürliches Überflutungsregime. Mit im Rahmen der Steuerung „künstlich“ herbeigeführten, so genannten ökologischen Flutungen lasse sich die hierfür notwendige Überflutungsdynamik nicht erzielen.

„Ein enormer Nachteil von gesteuerten Poldern ist außerdem, dass das Wasser im Hochwasserfall teilweise über lange Zeiträume auf der Fläche steht, anstatt langsam den Retentionsraum zu durchfluten“ ergänzt Lisbach. „Das führt zu Sauerstoffarmut im Überflutungswasser und zieht je nach Eindauerdauer erheblich größere Schäden für die Waldbestände nach sich, als dies bei einem natürlichen Überflutungsregime zu erwarten ist.“



Gisela Splett

Aus der Landtagsfraktion

Landesregierung strebt Grenzwerte zum Lärmschutz an, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gesundheitsgefährdend sind

Lärm ist ein großes Zivilisationsproblem, dessen Bedeutung lange unterschätzt wurde. Inzwischen belegen wissenschaftliche Untersuchungen die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärmbelastungen. Die EU hat 2002 mit der Umgebungslärmrichtlinie eine Regelung erlassen, die den Lärmschutz in dicht besiedelten Gebieten deutlich verbessern soll. Bis nächstes Jahr sind Lärmkartierungen vorzunehmen. Im Anschluss sind für lärmbelaste-

te Bereiche Lärmaktionspläne zu erstellen.

Die baden-württembergische Landesregierung hat nun beim Bundesrat einen Verordnungsentwurf eingebracht, in dem einheitliche Schwellenwerte festgeschrieben werden sollen, oberhalb derer Lärmaktionspläne zu erstellen sind. Diese Werte liegen jedoch mindestens 5 Dezibel zu hoch, so dass am Ende weniger statt mehr Lärmschutz das Ergebnis sein wird. Die Grünen haben deshalb beantragt, den Verordnungsentwurf zurückzuziehen bzw. die Schwellenwerte zu senken. In der

Landtagsdebatte hat die SPD den Grünen Antrag unterstützt. CDU und FDP haben dagegen gestimmt.

Ausführliche Infos:

Antrag und Antwort des Ministeriums:

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0029_D.PDF

Der BUND-Landesverband hat mit einer Pressemitteilung (26.07.) unterstützt: vorort.bund.net/bawue



Renate Rastätter

Landesrechnungshof kritisiert Zustand von Amphibiendurchlässen

In seiner aktuellen Denkschrift kritisiert der Landesrechnungshof Defizite bei Planung, Bau und Unterhaltung von "Krötentunneln": In der Presse wurde daraus die verkürzte Nachricht „Geldverschwendung bei Krötentunneln“.

Die Grünen teilen die Kritik am Zustand so mancher Querungshilfe und fordern Verbesserung bei Planung und Umsetzung. In ihrer An-

frage zum Thema erkundigt sich Gisela Splett nicht nur nach Durchlässen für Kleintiere, sondern nimmt die Problematik der Landschaftszerschneidung insgesamt in den Blick.

Ausführliche Infos:

Kleine Anfrage zur Zerschneidungswirkung von Verkehrswegen: www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0160_D.PDF

Pressemitteilung zur Zerschneidungswirkung von Verkehrswegen:

www.karlsruhe.gruene-bw.de/uploads/media/173_06_07_Sp_Amphibienschutz_Querungshilfen_Rechnungshof.pdf

Denkschrift Rechnungshof BW (Seite 74):

www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de/sixcms/list.php?page=h_aktuelle_denkschrift

Landesregierung plant großflächigen Insektizideinsatz gegen Maikäfer

Für das Jahr 2007 wird im Hardtwald wieder mit einem Maikäferjahr gerechnet. Doch anstatt sich um alternative Konzepte zu bemühen, plant die Landesregierung den Einsatz der „chemischen Keule“. Das Landratsamt Karlsruhe hat in einer Pressemitteilung angekündigt, sich an die Spitze der Bewe-

gung zur Bekämpfung des Waldmaikäfers im Hardtwald zu setzen.

Ausführliche Infos:

Kleine Anfrage zur Maikäferbekämpfung im Wald und Antwort des Ministeriums:

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0039_D.PDF

Presse zur Maikäferbekämpfung:

www.karlsruhe.gruene-bw.de/uploads/media/Presse-Maikaefer.pdf

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - Dammrückverlegung statt gesteuertem Polder

Das Planfeststellungsverfahren im Bereich Bellenkopf/Rappenwört befindet sich in Vorbereitung. Die Grünen im Stuttgarter Landtag wollen, dass die Umsetzungsvariante, die die Natura 2000-Gebiete am wenigsten beeinträchtigt und

der ökologischen Zielsetzung des IRP am besten entspricht, zur Grundlage der Planung gemacht wird.

Ausführliche Infos:

Antrag:

www.landtag-bw.de/WP14/_drucksachen/Txt/14_0154.html

Pressemitteilung:

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-IRP.pdf

Grüne fordern Fortführung der Substitutionstherapie mit Heroin analog dem auslaufenden Bundesmodell

Die Modellprojekte des Bundes zur Behandlung schwer Drogenabhängiger sind zum 30.06.06 ausgelaufen. Die beteiligten Städte – darunter auch Karlsruhe - haben sich bereit erklärt, die Projekte bis zum 31.12.2006 weiter zu finanzieren. Bis dahin muss endgültig geklärt werden, ob die Substitutionsbehandlung fortgeführt werden kann. Die Landtagsgrünen haben deshalb eine parlamentarische Initiative gestartet, die die Landesregierung auffordert, sich für das so ge-

nannte „Heroin auf Krankenschein“ auf Bundesebene einzusetzen. Dabei werden sie von folgenden Leitgedanken getragen: „Um langfristig Leben erhalten und Neuinfektionen mit lebensbedrohlichen Krankheiten vermeiden zu helfen, ist die flächendeckende Einführung der Heroinvergabe in die medizinische Regelversorgung eine logische Konsequenz, der sich niemand aus ideologischen Gründen verschließen darf.“

Ausführliche Infos:

Antrag Herointherapie und Antwort des Ministeriums:

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0117_D.PDF

Presse Herointherapie der suchtpolitischen Sprecherin Brigitte Lösch:

www.brigitte-loesch.de/news/20060720112659.html

Das Wissen um die Notwendigkeit der Ganztageschulen hat die Mitte der Gesellschaft erreicht; Grüne fordern eine gesetzliche Verankerung

Das gesellschaftliche und politische Klima hat sich zu Gunsten der Ganztageschule verändert. Für die grüne Landtagsfraktion sind flächendeckende Ganztageschulen bildungs- und gesellschaftspolitisch notwendig. Die Ankündigung der Landesregierung, "den Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots von Ganztageschulen in allen Schulformen weiter voranzutreiben" (Koalitionsvereinbarung)

klingt dagegen nicht sehr ernsthaft, solange Ganztageschulen nur als Schulversuche genehmigt werden. Wir fordern Sicherheit durch gesetzliche Verankerung.

Ausführliche Infos:

Gesetzentwurf Ganztageschule: www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0119_D.PDF

Presse Ganztageschule gesetzlich verankern:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/141/141514.ganztagsschulen_als_regelschulen_gesetzl.htm

Presse: Grüne kritisieren kontraproduktive Förderkonzeption für den Ausbau der „offenen Ganztageschulen:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/142/142728.gruene_kritisieren_kontraproduktive_foer.htm

Landesregierung wird aufgefordert, die finanzielle Förderung der Schulsozialarbeit im kommenden Schuljahr wieder aufzunehmen

Immer wieder war der Rückzug des Landes aus der Schulsozialarbeit Gegenstand massiver öffentlicher Kritik. In einem Fraktionsantrag fragen die Grünen nun nach dem Stand der Maßnahmen in Ba-

Wü, wie viele Stellen noch eingerichtet sind und wie viele abgebaut wurden. Die Grünen fordern eine verbindliche Finanzierungszusage für alle bestehenden und neu ein-

zurichtenden Maßnahmen an allen Schularten.

Antrag Schulsozialarbeit:

www.landtag-bw.de/WP14/_drucksachen/Txt/14_0225.html

Es kommt nicht auf das Kopftuch an, sondern auf den Kopf

Grüne positionieren sich nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Zwei Jahre nachdem der grüne Gesetzentwurf zur Regelung der als Kopftuchfrage in den Medien genannten Problematik abgelehnt worden ist, hat sich die Landesregierung in den Fallstricken ihres Gesetzes verheddert. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat in einem konkreten Fall die Anforderung der Schulbehörden, an eine Lehrerin

moslemischen Glaubens ihr Kopftuch abzulegen, zurückgewiesen. Als Urteil wurde mit der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes begründet.

Ausführliche Infos:

Gesetzentwurf Bekleidungsvorschriften (religiöse Kleidung) an Schulen:

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0122_D.PDF

Presse: Verwaltungsgericht hat unsere Auffassung bestätigt:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/139/139230.gruene_bringen_gesetzentwurf_zur_kopftuc.htm

Weitere Pressemitteilungen mit Karlsruher Bezug:

Grüne fordern Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung

www.karlsruhe.gruene-bw.de/uploads/media/28.07.06_Kuerzung_bei_der_Weiterbildung

Gisela Splett zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umweltausschusses gewählt:

www.karlsruhe.gruene-bw.de/uploads/media/Presse_Umweltausschuss.pdf

Brand an der Uni Karlsruhe: Grüne haken nach:

www.karlsruhe.gruene-bw.de/uploads/media/PM_Brand_Chemieturm_Uni_07-06.pdf

Die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags haben die Möglichkeit, jeweils zweimal im Jahr **Besucherguppen** zu empfangen. Gisela und Renate möchten davon Gebrauch machen. **Fahrkosten und Bewirtung übernimmt der Landtag**. Dieses Angebot gilt für Grüne und Grünennahe, aber auch für Gruppen, die einfach mal wissen wollen wie die Landeslegislative funktioniert.

In der nächsten Ausgabe des Rundbriefs wird ein konkreter Termin ausgegeben. Interessierte Gruppen können sich aber auch gern im Büro Gisela Splett melden.



Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de



MdB Sylvia Kotting-Uhl

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
 Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

das heftigste umweltpolitische Ereignis dieses Sommers war der Störfall im schwedischen AKW Forsmark. Der Fast-GAU in einem als sicher geltenden modernen von E.ON und Vattenfall betriebenen AKW – kein „maroder Atommeiler osteuropäischen Typs“ – sollte doch endlich eines lehren: das Risiko der Atomkraft ist das Unvorhersehbare, und die Folgen die ein „banaler Fehler“ wie in Forsmark zeitigen kann, können sehr schnell unbeherrschbar werden.

Unverdrossen geht in Deutschland die Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten für die alten AKW weiter. Dabei steht nichts weniger an als jetzt Strommengen von neueren auf die in den nächsten Jahren nach dem Atomgesetz zur Abschaltung anstehenden AKW Biblis 1 und 2, Brunsbüttel und Neckarwestheim zu übertragen. Jedes Jahr Laufzeit vergrößert die systemimmanenten Risiken eines AKW – so wie jeder Normalmensch mit fortschreitender Lebensdauer körperlich anfälliger wird.

Ganz im Gegenteil stünde eine Strommengen-Übertragung von zumindest dem AKW Brunsbüttel auf ein neueres AKW an – so wie das eigentlich beim Aushandeln des Atomkonsens gedacht war um unsichere AKW vorzeitig vom Netz nehmen zu können. Brunsbüttel soll nach dem Ausstiegsgesetz 2009 abgeschaltet werden. Doch wer die Lehre von Forsmark ernst nimmt und realisiert, dass das AKW Brunsbüttel bei Ausfall des Batterie betriebenen Notstromsystems auf Wechselstrom angewiesen ist – und damit einem ähnlichen Problem wie Forsmark ausgeliefert sein könnte – der kann nur die sofortige Abschaltung verlangen.

Die Reaktorsicherheitskommission hat reagiert und neue Sicherheitsfragen aufgeworfen, Gabriel zögert noch und verlangt von Vattenfall einen Nachweis der Sicherheit. (Verlange vom Wind dir zu sagen wohin er weht ...) Wir Grünen haben eine Sondersitzung des Umweltausschusses eingefordert. Unsere Forderung nach sofortiger Abschaltung des AKW Brunsbüttel steht.

Meine Korrespondenz mit EnBW zum Thema Laufzeitenverlängerung geht euch aus diesem erneut aktuellem Anlass in diesem Rundbrief zur Kenntnis.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Eure Sylvia Kotting-Uhl

Juli 2006: Brief an Prof. Dr. Utz Claassen, Vorstandsvorsitzender EnBW Energie Ba-Wü

Strommengenübertragungen Mülheim-Kärlich – Biblis-Brunsbüttel

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Claassen,
 die Hinweise darauf, dass ein so genannter Ringtausch geplant ist, der den Atomkraftwerken Biblis und Brunsbüttel erlaubt mit übertragenen Laufzeiten von Mülheim-

Kärlich über den im Atomgesetz vorgesehenen Abschalttermin hinaus Strom zu produzieren, verdichten sich. Sie werden verstehen, dass wir als Grüne und insbesondere auch ich als umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

diese Absicht, sobald ihre Umsetzung angekündigt wird, hart verurteilen werden. Sie widerspricht dem Geist des Atomkonsens. Das Handeln der betroffenen Energiekonzerne welche die aus dem Atomkonsens resultierenden Vor-

teile in den letzten Jahren gern in Anspruch genommen haben, nun aber ihren Teil der Leistungserbringung umgehen wollen, ist über das Stichwort „Geldgier“ nachvollziehbar, trotzdem nichts anderes als verwerflich und genauso werden wir das öffentlich auch geißeln.

EnBW wird als einziger der großen Energiekonzerne von einem Ring-

tausch nicht betroffen sein, aber natürlich eine Haltung dazu einnehmen müssen. Als Baden-Württembergerin interessiert mich diese Haltung des baden-württembergischen Energiekonzerns naturgemäß in besonderem Maße. Ich bitte Sie hiermit freundlichst, mir eine Stellungnahme Ihrerseits zu den Gerüchten und eventuellen Ab-

sichten Ihrer Kollegen zukommen zu lassen.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Sylvia Kotting Uhl, MdB

Umweltpolitische Sprecherin der Grünen Im Bundestag

Antwortschreiben von EnBW 4.08.2006

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, für Ihren Brief an Prof. Claassen, den dieser mir zuständigkeitshalber weitergeleitet hat, möchte ich mich bedanken. Sie fragen nach unserer Haltung zum „Atomkonsens“ und zu Gerüchten über Strommengenübertragungen.

Sie haben in Ihrem Brief ein offenes Wort gepflegt. Diesen Stil will ich gerne aufgreifen:

Wir haben als EnBW unsere Haltung zum "Atomkonsens", die Ihnen als umweltpolitische Sprecherin der Grünen bekannt sein dürfte. Wir halten uns selbstverständlich an gesetzliche Vorgaben. Es ist aber aus unserer Sicht unverantwortlich, neuere Erkenntnisse und Entwicklungen im Bereich des Klimaschutzes und der globalen Energieversorgung außer Acht zu lassen und - lassen Sie es mich an

dieser Stelle einmal offen aussprechen - aufgrund von Parteitagsbeschlüssen und historischen Gründungsgegebenheiten eine ernsthafte Diskussion über den künftigen Energiemix zu verweigern. Dabei achten wir selbstverständlich unterschiedliche Auffassungen. Aber es ist für uns kaum nachvollziehbar, wie die dringend erforderliche energiepolitische Diskussion in Deutschland abläuft. Dabei sprechen die von Ihnen in Ihrem Brief gewählten Worte wie „geißeln“ und „verwerflich“ eine deutliche Sprache.

Genauso wie wir unsere Haltung zum Atomkonsens und zur Diskussion um den künftigen Energiemix souverän formulieren, werden wir mit dem Thema Strommengenübertragung umgehen. Dabei haben wir bereits Anfang des Jahres

mitgeteilt, dass wir zu gegebener Zeit einen Antrag auf Strommengenübertragung auf unser Kernkraftwerk GKN I stellen werden. Wann und wie der Antrag gestellt wird, werden wir zu gegebener Zeit entscheiden. Wir beteiligen uns nicht an Spekulationen über Ringtauschfantasien, die das Sommerloch füllen. Und wie Sie selbst feststellen, sind wir von solchen Presseplanspielen ohnehin ausgeschlossen, so dass sich eine weitere Befassung unsererseits damit erübrigt. An einer ernsthaften Diskussion mit Ihnen über die künftige Energieerzeugung in Deutschland sind wir sehr interessiert und stehen Ihnen jederzeit für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Ing. Thomas Hartkopf
Vorstand EnBW

Pressemitteilung vom 10.8.2006

RWE opfert Sicherheit kurzfristigem Konzerninteresse

Zur Ankündigung des RWE Konzerns, noch diesen Sommer einen Antrag auf Laufzeitverlängerung für Biblis A zu stellen erklären Fritz Kuhn, Fraktionsvorsitzender, und Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:

Nach dem Störfall in Schweden bedarf es eigentlich keiner Fortsetzung der Debatte um Laufzeitverlängerungen für Schrott-Reaktoren. Der angekündigte Antrag von RWE wird nun zum bislang wichtigsten Lackmustest für Umweltminister Gabriel. Bislang hatte der Umweltminister keine Gelegenheit

ausgelassen, sich zum Atomausstieg zu bekennen. Noch gestern hat er aus Sicherheitsgründen die schnelle Schließung alter Reaktoren empfohlen. Eine Laufzeitverlängerung für Biblis A kann ohne seine Unterschrift nicht erfolgen, daher brauchen wir nun eine eindeutige Positionierung des Umweltministers. Er muss jetzt seinen Worten Taten folgen lassen und die Laufzeitverlängerung versagen. Eine lange Prüfphase schafft nur Raum für weitere Spekulationen und verzögert die dringend notwendige Investitionsentscheidungen in Ersatzkapazitäten.

Eine Betriebsverlängerung für den ältesten in Betrieb befindlichen Atommeiler in Deutschland mag für RWE betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheinen und den Kurzfristinteressen der Anleger genügen, von verantwortungsbewusstem Sicherheitsdenken zeugt dieser Schritt sicher nicht. Vor dem Hintergrund der Beinahe-Katastrophe in Schweden wirkt der angekündigte Schritt des RWE Konzerns geradezu zynisch. RWE zielt nur darauf ab, das goldene Ende von Biblis möglichst zu verlängern; Ziel ist eine Laufzeitverlängerung bis in die nächste Legislatur, um

dann den Ausstieg möglichst zu kippen. Eine solche Strategie ist nicht im Sinne des damals verabschiedeten Atomkonsenses. Damals hatte sich auch der Vorstandsvorsitzende von RWE ver-

traglich dazu verpflichtet: "Beide Seiten werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird." Der Atomkonsens war von beiden Seiten als ein "wichtiger Beitrag für einen gesellschaftlichen Energiekonsens" verstanden. Die Halbwertszeit eines solchen Vertrages sollte länger dauern als eine Legislaturperiode.

Mobilfunk– Herausforderung für gesundheitlichen Umweltschutz?

**Fachgespräch Veranstaltung am 5. September 2006 von 12.00-17.00,
Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus Raum E 600, Konrad-Adenauer-Str. 1, 10557 Berlin**

Mobilfunk, ein Thema an dem sich immer noch die Geister scheiden. Immer mehr Menschen nutzen das Mobiltelefon als selbstverständliches Kommunikationsmittel. In Deutschland sind inzwischen mehr Handys verkauft worden als Festnetzanschlüsse installiert. Die Kehrseite einer immer und überall möglichen Mobilfunk-Kommunikation: flächendeckende Aufstellung von Mobilfunkmasten. In der Nähe von Krankenhäusern oder Kindergärten, aber auch in ihrem Wohngebiet beunruhigen diese Masten viele Menschen. Inzwischen liegt das vierte Jahrgutachten zur Umsetzung der freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber vom Jahr 2001 vor. Auch erste Ergebnisse des deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms können genannt werden. Zeit für eine kritische grüne Bilanz. Wir wollen im Fachgespräch mit relevanten Akteuren der Mobilfunk-Debatte die gesundheitlichen Auswirkungen, die Möglichkeiten der Strahlenminimierung und die Frage der Bürgerbeteiligung diskutieren. Sind die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Bevölkerung in einen Ausgleich zu bringen? Reicht eine Grenzwertpolitik aus oder brauchen wir zusätzliche Vorsorgemaßnahmen? Brauchen Kinder und Jugendliche, die zu den Viel-Nutzern gehören, besondere Schutzmaßnahmen? Welche Erfolge zeitigt die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber? Warum ist die Bürgerbeteiligung nach wie vor unzureichend und wie kann sie verbessert werden? Vor dem Hintergrund des Standes von Wissenschaft und Forschung wollen wir eine Debatte führen. Zu Wort kommen werden VertreterInnen von Mobilfunkunternehmen, Behörden, Wissenschaft und kritischen MedizinerInnen. Zu dieser Veranstaltung lade ich alle Interessierten herzlich ein.

Anmeldung auf meiner Website:
www.kotting-uhl.de

20.-21.Oktober 2006: Jugendumweltkonferenz

Paul-Löbe-Haus Berlin; nähere Infos unter www.kotting-uhl.de

Jugendumweltkonferenz 20.–21. Oktober 2006 im Bundestag

Mit einer Einladung zur Jugendumweltkonferenz wende ich mich in erster Linie an die Jugend im Wahlkreis. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wollen wir die ökologischen Fragestellungen der Zukunft positiv beantworten, müssen wir die Jugend dafür gewinnen. Nur wenn die heute jungen Menschen ein lebendiges Interesse an den ökologischen Bedingungen von Lebensqualität entwickeln, wenn sie wissen was sie von verantwortlichen Menschen dafür verlangen müssen, aber auch was sie selbst dazu beitragen können, wenn ihnen die langfristige Brisanz einer falsch oder nicht gegebenen Antwort auf diese Fragen bewusst wird ohne dass sie sich von solchen Szenarien entmutigen lassen – und wenn sie ihre entsprechenden Anforderungen an die Politik klar formulieren, dann gewinnen wir die Zukunft.

Mit VertreterInnen unterschiedlichster Organisationen, 10 Abgeordneten, Raum und Zeit werden Jugendliche sich in einem partizipativen Prozess in die Tiefen der verschiedenen Fragestellungen begeben. Zu Coolness von Umweltpolitik, globalem Umweltschutz, umweltgerechter Stadt, Berufschancen durch Ökologie, Umweltkampagnen, lebenswerter Zukunft, ökologischer Gerechtigkeit. Debattieren, fordern, action und chillen, bloggen, schreiben und filmen.

Die Ergebnisse werden in unsere parlamentarische Arbeit als Fraktion und insbesondere meine als umweltpolitische Sprecherin einfließen.

Mit herzlichen Grüßen Eure



BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 Ka, Tel. 96 87 18 6
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiter: **Alexander Mehrbreier**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*)
Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt
Amthausstr. 22, 76227 Karlsruhe
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

Bettina Lisbach (*stellvertretende Fraktionssprecherin*)
(Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen,
Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

Michael Borner (Soziales, Wohnen)
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

Dr. Hildegund Brandenburg (Bauen, Kultur)
Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule)
Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt
(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)
Friedrichstr. 67, 76229 Karlsruhe, Tel. 48 20 38

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)
Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz
Hildebrandstr. 31a, 76227 Karlsruhe, Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229 KA,
Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO MITTL. OBERRHEIN:

Dr. Ute Leidig
Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

Christian Brugger (Soziales, Bürgerrechte, Tierschutz, Wirtschaft), Markgrafenstr. 52, 76133 KA, Tel. 0178-5562861

Michael Gast (Verkehr, Städtebau und Migration),
Karlsru. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

Sabine Just-Höpfinger (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

Thomas Krause (Kassierer), Welschneureuter Str. 23,
76149 KA, Tel. 78 14 82

Tanja Saini (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

Anke Weidlich (Energie, Wirtschaft, Hochschule),
Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

AK FRAUEN:

Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

AK Lesben und Schwule:

Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Grünen Büro
Kontakt: **Michael Gast**, Tel. 937 40 43

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Martin Pötzsche, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Tanja Saini, Reichenbachstr.12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

Wolfgang Semmler, Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 406252

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel: 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerweg 31, 76199 KA,
Tel: 83 02 28 1

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 Karlsruhe, Tel: 88 34 01